Rede CN Bürgerschaftssitzung 12.12.2018 Haushaltsberatungen 2019/20

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

meine Damen und Herren,

eine gut funktionierende Arbeitsmarktpolitik ist das Rückgrat unserer Wirtschaft –

und damit unseres Wohlstandes, sowie die Basis unserer Sozialpolitik.

Wir haben das Privileg von den Innovationen der Vergangenheit gut und auskömmlich leben zu können.

Unser Arbeitsmarkt steht derzeit sehr gut da und ist nicht weit von der Vollbeschäftigung entfernt.

Es bedarf aber mehr Engagement die Herausforderungen der Zukunft aktiv zu gestalten.

Der zukünftige Wohlstand unserer Gesellschaft wird gefährdet, wenn wir die Themen der Zukunft

anderen Ländern, wie den USA oder China überlassen.

Allen voran wird die Digitalisierung die meisten unserer Lebensbereiche gravierend verändern.

Besonders deutlich werden wir diese Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt zu spüren bekommen.

Und das früher, als wir denken. Deshalb müssen wir schon heute damit anfangen unseren Arbeitsmarkt

fit wie Zukunft zu machen.

Dabei müssen wir unsere derzeitigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente kritisch hinterfragen,

die Effektivität erhöhen und da, wo notwendig verbessern.

Um das zu erreichen, haben wir Liberale einen Antrag entwickelt, der auf Ebene der Kennzahlen arbeitsmarktpolitische Instrumente effektiver machen soll. Konkret fordern wir größere Anstrengungen bei der Integration in den Arbeitsmarkt.

Ein angestrebter Vermittlungserfolg in lediglich in 30.000 Fällen ist nicht besonders ambitioniert und trägt weder

der guten konjunkturellen Lage noch der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in den letzten Jahren hinreichend Rechnung.

Wir halten hier eine um 20% höher angesetzte Zielsetzung für gut machbar. Der erhöhte Ressourcenaufwand

für die zusätzlichen Vermittlungserfolge soll durch eine entsprechende Anpassung der nur in geringerem Umfang benötigten Transferkosten in der Produktgruppe ‚Hilfen zur Existenzsicherung‘ gegenfinanziert werden.

Von den betreuten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten soll ein größerer Teil im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen

die Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

Der hohe Anteil an Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist seit längerer Zeit nahezu konstant.

Das ist vor allem deshalb problematisch, weil im hochqualifizierten Hamburger Arbeitsmarkt kaum Helfertätigkeiten

für Geringqualifizierte angeboten werden.

Die Hamburger Arbeitsmarktpolitik muss deshalb zu einer Arbeitsmarktpolitik der zweiten Chancen werden!

Arbeitslose ohne berufsqualifizierenden Abschluss sollten in Maßnahmen und Programme vermittelt werden,

die ihnen das Nachholen einer beruflichen Qualifikation auch im fortgeschrittenen Alter noch ermöglichen.

Das vorrangige Ziel muss daher die nachhaltige Qualifizierung von Arbeitslosen sein!

Damit die Integration in den Arbeitsmarkt auf Dauer - und nicht bloß temporär - gelingt. Dieses Ziel wird nur durch qualifizierte Abschlüsse realistisch darstellbar. Daher muss der Erreichung qualifizierter Abschlüsse deutlich mehr Priorität in den arbeitsmarkt-politischen Maßnahmen eingeräumt werden.

Für eine Steuerung der Qualifizierungs-maßnahmen, sowie der Feststellung der Maßnahmeneffizienz sind entsprechend aussagekräftige Kennzahlen für die unterschiedlichen Qualifizierungsinstrumente notwendig. Nur so ist eine politische Steuerung

von nachhaltiger Arbeitsmarktintegration überhaupt möglich. Wir fordern mit unserem Antrag also die Einführung qualitätsorientierter Kennzahlen zur Messung der Effektivität arbeitsmarktpolitischer Instrumente.

Dazu sollen in der Produktgruppe Arbeitsmarktpolitik neue Kennzahlen eingefügt werden. Diese sollen zum einen

die Gesamtzahl der Teilnehmer und zum anderen die erfolgreichen Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen gegliedert nach Abschlussarten, darstellen.

Des Weiteren fordern wir, wie eingangs gesagt, mit unserem Antrag die Vermittlungsquote von betreuten Erwerbsfähigen

zu erhöhen.

Dazu soll in der Produktgruppe Arbeitsmarktpolitik die Kennzahl ‚Vermittlungserfolge durch Integration in den Arbeitsmarkt

für die Haushaltsjahre 2019/20‘ von geplanten 30.000 um 6.000 auf 36.000 Vermittlungserfolge erhöht werden.

Da sich SPD und Grüne, sowie die LINKE ebenfalls Gedanken zur Arbeitsmarktpolitik gemacht haben, möchte ich auch darauf kurz eingehen: SPD und Grüne möchten mit Ihrem Antrag die Landesmittel für aktive Beschäftigungspolitik erhöhen.

Damit sollen vor allem sehr niedrigschwellige Angebote für – Zitat – „besonders arbeitsmarktferne Zielgruppen ohne absehbare Integrationschance auf dem Ersten Arbeitsmarkt“ ermöglicht werden.

Ich sehe hier die positive Absicht „Personen mit besonders komplexen Vermittlungshemmnissen“, wie Sie sie nennen,

Chancen zu ermöglichen. Allerdings frage ich mich, wie effektiv diese arbeitsmarktpolitischen Instrumente tatsächlich sind,

und ob das Geld an anderer Stelle nicht wirkungsvoller eingesetzt wäre?

Haben Sie das mal untersucht? Wenn ja – zu welchem Ergebnis sind Sie da gekommen?

Vor diesem Hintergrund werden wir uns hier enthalten.

Die LINKE möchte mit Ihrem Antrag Langzeitarbeitslosen etwas Gutes tun. Dafür lassen Sie schlappe 162 Millionen Euro vom Himmel fallen. – Und wie meistens in Linken-Manier wieder ohne jegliche Gegenfinanzierung! So nachvollziehbar der Wunsch

nach einer besseren Unterstützung für Langzeitarbeitslose auch ist, so unseriös ist eine Diskussion darüber ohne jegliche Gegenfinanzierung. Aus diesem Grund werden wir diesen Antrag ablehnen.

Vielen Dank!